



Niederschrift

zur 19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Ausschuss für Jugend und Soziales) der Stadt Lippstadt am 15.11.2017

Sitzungsraum: Sitzungsraum E.08, Ostwall 1, 59555 Lippstadt
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:25 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Hans Zarembo

stellv. Vorsitzender

Herr Josef Franz

CDU-Fraktion

Frau Helga de Horn
Frau Lisa Vollmer

ordentliches Mitglied
stellv. Mitglied

SPD-Fraktion

Frau Christine Goussis
Herr Martin Schulz

ordentliches Mitglied
ordentliches Mitglied mit
beratender Stimme
stellv. Mitglied

Frau Susanne Helfrich

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Heinz Gesterkamp

ordentliches Mitglied

BG-Fraktion

Frau Andrea Heymann

ordentliches Mitglied

Fraktion Christdemokraten Lippstadt

Frau Stefanie Jungeblodt

ordentliches Mitglied

Fraktion DIE LINKE

Herr Waldemar Domanski

ordentliches Mitglied mit
beratender Stimme

Fraktionslose

Herr Michael Berensmeier
Frau Beatrix Geisen
Herr Wilhelm Glarmin
Frau Dorothee Großekathöfer
Frau Marlene Keil

ordentliches Mitglied
ordentliches Mitglied
ordentliches Mitglied
ordentliches Mitglied
ordentliches Mitglied

Frau Eva Brinkmann	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Herr Albert Groß	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Frau Tanja Götsch	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Herr Christian Laws	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Frau Ute Stockhausen	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Herr Reinhard Venjakob	stellv. Mitglied
Herr Michael Hammerschmidt	stellv. Mitglied mit beratender Stimme
Frau Patricia Hardeel	sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme

Verwaltung

Herr Manfred Strieth	FB Familie, Schule u. Soziales
Frau Helga Rolf	FD Jugend und Familie
Herr Ulrich Schlink	Schriftführer

Gast

Herr Stefan Goesmann	Agentur für Arbeit Soest
----------------------	--------------------------

In öffentlicher Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Zarembo eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Er verwies auf die Erweiterung der Tagesordnung um den zusätzlichen Tagesordnungspunkt 10, "Umbesetzung im Seniorenbeirat", aufgrund des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Ausschuss des verstorbenen Ausschussmitgliedes Gabriele Oelze-Krähling.

Im Anschluss daran begrüßte Herr Zarembo als neues Ausschussmitglied die gewählte Vorsitzende des Stadtelternrates der Kindertageseinrichtungen, Frau Tanja Götsch, und verpflichtete diese als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss entsprechend den Vorgaben der Gemeindeordnung NRW.

1. Fragestunde für Einwohner

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

2. Asylbewerber und Flüchtlinge hier: Maßnahmen zur beruflichen Integration 282/2017

Zur Thematik berichteten Herr Goesmann von der Agentur für Arbeit (Leiter des Integration-Points) sowie Herr Hammerschmidt vom Jobcenter AHA (Be-

reichsleiter Integration, zugleich stellvertretendes Ausschussmitglied) über die Maßnahmen zur beruflichen Integration von Flüchtlingen.

Zunächst erläuterte Herr Goesmann den aktuellen Sachstand. Im Integration-Point würden nur die Personen im laufenden Asylverfahren betreut. Die Zahlen innerhalb dieses Personenkreises seien wegen der zunehmenden Abschlüsse von Asylverfahren rückläufig. Viele Flüchtlinge wechseln dann in den SGB II-Bereich und damit in die Zuständigkeit des Jobcenters. Darüber hinaus sei auch ein Rückzug von Flüchtlingen aus den Integrationsangeboten zu verzeichnen. Im Weiteren stellte Herr Goesmann die verschiedenen Maßnahmen zur beruflichen Integration von Flüchtlingen vor.

Er verwies im Zusammenhang mit der Vermittlungstätigkeit auf Probleme wie fehlende Akzeptanz des Spracherwerbes, falsche Vorstellungen zum Arbeitsmarkt und fehlende Grundqualifikationen. Seitens der Arbeitsagentur sei aufgrund der Entwicklung geplant, das Projekt „Integration-Point“ im Dezember des Jahres zu beenden. Die dort noch betreuten Personen werden dann in den normalen Arbeitsbereich der Arbeitsagentur übergeben.

Zum Abschluss seines Vortrages wies Herr Goesmann noch auf den zu verzeichnenden "Run" auf Ausbildungsplätze hin, da für Flüchtlinge mit einer Ausbildung auch bei negativem Abschluss des Asylverfahrens eine Aufenthaltsperspektive bestehe. In der Folge ergeben sich allerdings häufig Probleme im Verlauf des Berufsschulbesuches.

Anschließend erläuterte Herr Hammerschmidt die Bemühungen des Jobcenters AHA für den Personenkreis der anerkannten Flüchtlinge. Er verwies darauf, dass 10 % aller Vermittlungen des Jobcenters derzeit für geflüchtete Menschen erfolge. Im Weiteren erläuterte Herr Hammerschmidt die verschiedenen Maßnahmen und Projekte des Jobcenters (siehe Anlage 1). So seien sogenannte Integrations-Coaches an Berufskollegs tätig, die bei der Suche nach Praktika und im Umgang mit dem Jobcenter behilflich seien. Der Zugang zu Projekten erfolge u. a. durch Assessment-Center. Dieses Verfahren unterscheide sich nicht von Angeboten für die anderen Klientenkreise. Arbeitsplätze mit auskömmlichen Erwerbseinkünften seien ohne Qualifikationen kaum vermittelbar. Insofern seien i.d.R. für Flüchtlinge noch aufstockende Leistungen erforderlich; die Eingliederung brauche ihre Zeit.

Während der Vorträge von Herrn Hammerschmidt und Herrn Goesmann sowie im Anschluss daran entwickelte sich eine Diskussion im Ausschuss, an der die Ausschussmitglieder Geisen, Helfrich, Franz, Schulz und Gesterkamp teilnahmen.

3. Beratungsstellen für Flüchtlinge 280/2017

Herr Strieth erläuterte den Tätigkeitsbereich der zwei zusätzlichen Beratungsstellen bei freien Trägern und stellte heraus, dass es inhaltlich keine Überschneidungen mit den Aufgaben der städtischen Mitarbeiter/innen in der Flüchtlingsberatung gebe. Im Übrigen beabsichtige die Stadt Lippstadt nicht,

ihr Beratungsangebot zu reduzieren. Der Ausschuss nahm die Vorlage ohne weitere Beratung zur Kenntnis.

4. Information zum Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2018
hier: Teilbereiche Familie und Soziales
271/2017

Herr Strieth verwies auf die umfangreiche Vorlage mit den Anlagen und stellte anhand der beigefügten Anlage 2 die wesentlichen Informationen zum Etatentwurf 2018 vor. Bezogen auf den gesamtstädtischen Haushalt sei insgesamt eine verbesserte Ausgangssituation zu verzeichnen. Der im Vergleich zum Vorjahr erneut gesunkene Zuschussbedarf im Aufgabenbereich Jugend und Soziales sei insbesondere auf den Rückgang bei Asylbewerberleistungen, erhöhte Landeszuschüsse im Kitabereich sowie gestiegene Kita-Elternbeiträge zurückzuführen. Steigerungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung seien nur unterdurchschnittlich zu erwarten.

Verwaltungsseitig wurde der beantragte Zuschuss für die Ehe- und Familienberatung erneut nicht in den Etatentwurf aufgenommen. Dieser Zuschuss sei ggf. im Rahmen der weiteren politischen Haushaltsberatungen zu thematisieren.

Herr Strieth gab ferner die Information, dass die Schulsozialarbeit durch die neue Landesregierung bis 2021 abgesichert sei. Auf die Frage des Ausschussmitgliedes Gesterkamp, ob sich im Bereich der Hilfen zur Erziehung die vorgehaltene Prävention auswirke, antwortete Frau Rolf, dass frühe Hilfen generell wichtig seien. Es seien weniger Hilfen zur Erziehung zu verzeichnen, auch fange die Schulsozialarbeit in dieser Hinsicht vieles ab. Dies sei insgesamt aber nicht evaluiert.

5. Gesetz zur Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen
hier: Auswirkungen für die Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet
284/2017

Herr Strieth verwies auf den Inhalt der Vorlage. Es habe sich gezeigt, dass die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen mit den bisherigen jährlichen Anhebungen von 1,5 % nicht ausreichend sei. Bei den Trägern von Kindertageseinrichtungen sei über Jahre eine finanzielle Schieflage entstanden, u. a. durch die höheren Tarifabschlüsse. Ferner habe sich gezeigt, dass die Anhebung des Steigerungsbetrages von 1,5 % auf 3 % im Jahr 2016 nicht ausreichend ist.

Insofern habe sich die Landesregierung für ein sog. „Rettungspaket“ mit einer einmaligen Zahlung von 500 Millionen Euro für zwei Kitajahre entschieden. Von diesem Betrag entfallen 2 Millionen Euro auf die Kindertageseinrichtungen im Zuständigkeitsbereich der Stadt Lippstadt. Für die Zeit ab 2019 ist eine grundlegende Reform der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen geplant.

Ausschussmitglied Franz begrüßte die neue Zuschussregelung ausdrücklich. Ansonsten nahm der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

6. Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege
290/2017

Ausschussmitglied Franz beantragte für die CDU-Fraktion über die Tagesordnungspunkte 6 und 7 nicht zu entscheiden und diese in die Fraktionen im Rahmen der Haushaltsberatung zu verweisen. Ausschussmitglied Goussis unterstützte diesen Antrag.

Ausschussmitglied Gesterkamp beantragte, den Beschlussvorschlag der Verwaltung abzulehnen. Er halte die 3 %ige Erhöhung für falsch. Diese belastete insbesondere die Einkommensmittelschicht, erforderlich sei eine generelle Systemveränderung. Ausschussmitglied Schulz verwies auf die großen Diskrepanzen in dieser Hinsicht unter den Bundesländern. Bildung von Kindern zu verteuern, so Ausschussmitglied Glarmin, sei der völlig falsche Weg. Daher sei der Beschlussvorschlag aus seiner Sicht ebenso abzulehnen.

Der Ausschuss fasste nach kurzer Diskussion folgenden Beschluss:

"Die Entscheidung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung wird vertagt. Die Angelegenheit wird im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen an die Fraktionen verwiesen."

(Einstimmig)

7. Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern an außerunterrichtlichen Angeboten in der Primarstufe im Rahmen der "Offenen Ganztagschule" und der "Schule von acht bis eins"
292/2017

(Siehe Tagesordnungspunkt 6)

8. Ausbau des Familienpasses
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 26.10.2017
293/2017

Der Ausschuss fasste den folgenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung der Vorschläge der Fraktion DIE LINKE, die Richtlinien für den Lippstädter Familienpass zu überarbeiten und dem Ausschuss zur Beratung vorzulegen."

(Einstimmig)

9. Ausbau der Betreuungs- und Förderangebote für Kinder bis zu 6 Jahren bzw. bis zum Beginn der Schulpflicht

283/2017

Herr Strieth verwies auf den Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.09.2017 im Hinblick auf die notwendige Ausweitung des Betreuungsangebotes für Kinder von unter 6 Jahren. Er erläuterte im Weiteren die aktuell von der Verwaltung verfolgten Maßnahmen (siehe Anlage 3), die bei erfolgreicher Umsetzung bis zum Kita-Jahr 2019/2020 eine Ausweitung des Platzangebotes um bis zu 85 Plätze ergeben würde. Es handele sich dabei um Erweiterungen bestehender Tageseinrichtungen zur Schaffung neuer Plätze sowie zur Verbesserung des Raumangebotes zwecks Absicherung aktuell noch bestehender Provisorien.

Der Vorsitzende Zaremba stellte fest, dass damit eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zur Auswahl eines evtl. Kitaträgers für eine neu zu schaffende Einrichtung entbehrlich sei.

**10. Umbesetzung im Seniorenbeirat
hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

303/2017

Der Ausschuss fasste ohne Aussprache den folgenden Beschluss:

„Herr Michael Rüpp scheidet als stellvertretendes Mitglied aus dem Seniorenbeirat aus.

Neues stellvertretendes Mitglied für die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wird Frau Nabiha Ghanem.“

(Einstimmig)

11. Verschiedenes

Herr Strieth verwies auf die aktuell im Rathaus stattfindende Ausstellung zum Thema „Mathematik zum Anfassen“ und legte den Anwesenden einen Besuch der Ausstellung nahe.

Der Ausschussvorsitzende schloss die Sitzung um 19:25 Uhr.

gez. Hans Zaremba
Vorsitzender

gez. Ulrich Schlink
Schriftführer